

Entwicklungen im Gesellschaftsrecht (Handelsgesellschaften und Genossenschaften) und im Wertpapierrecht / Le point sur le droit des sociétés (sociétés commerciales et sociétés coopératives) et des papiers-valeurs

Prof. Dr. Peter Forstmoser, LL.M., und lic. iur. Bertrand Schott, Rechtsanwalt (beide Zürich)¹

Das *Gesellschaftsrecht* ist derzeit ein *moving target*, geprägt durch einen hyperaktiven Gesetzgeber. Immerhin scheint heute ein *Zwischenziel* erreicht: Wichtige Revisionsvorhaben sind 2005 zum Abschluss gekommen und treten 2007 in Kraft. In ruhigen Bahnen verlief in letzter Zeit die Entwicklung der Judikatur. Das Schwerkgewicht lag einmal mehr auf dem Aktienrecht und dort – auch dies nicht ungewohnt – auf der aktienrechtlichen Verantwortlichkeit. Aus der Literatur sind zahlreiche Publikationen zum Umstrukturierungsrecht zu erwähnen, daneben eine neue und vielversprechende Zeitschrift.

Im *Wertpapierrecht* scheint der Gesetzgeber nun die in der Praxis weit fortgeschrittene *Dematerialisierung* endlich zur Kenntnis zu nehmen.

I. Rechtsprechung

A. Aktienrecht

1. *Einsichts- und Auskunftsrecht im Konzern*

Im Zusammenhang mit dem *aktienrechtlichen Einsichtsrecht* (OR 697) befasste sich das BGer zunächst mit seiner *Kognition*: Da die Erteilung oder Verweigerung der Einsicht grundsätzlich im freien Ermessen der Generalversammlung bzw. des Ver-

waltungsrates steht, hat sich die Prüfung auf die sachliche Vertretbarkeit bzw. eine Willkürprüfung zu beschränken. Was den *Gegenstand* des Einsichtsrechts betrifft, wird OR 697 III vom BGer weit ausgelegt: Erfasst sind alle schriftlichen Unterlagen, die sich bei der Gesellschaft befinden und die für die Ausübung der Aktionärsrechte von Bedeutung sein können. Übertragen auf Konzernverhältnisse (und für einen an der Konzernobergesellschaft beteiligten Aktionär) bedeutet dies, dass sich das Einsichtsrecht grundsätzlich auch auf vorhandene Unterlagen – vorliegend Jahresrechnungen und Revisionsberichte – erstreckt, welche die *Untergesellschaften* betreffen. Voraussetzung ist jedoch stets, dass die Einsicht für die Ausübung der Aktionärsrechte *erforderlich* ist (OR 697 II), was zugunsten des Aktionärs vermutet wird, wenn er nachweist, «dass der entsprechende Bezug in genereller Art für einen Durchschnittsaktionär gegeben ist» (E. 1.3.1). Wenn ein Aktionär einer Konzernobergesellschaft über die ihm gemäss OR 662 I i.V.m. OR 696 bereits zur Verfügung stehende Konzernrechnung hinaus Einsicht in die Jahresrechnungen und Revisionsberichte der Untergesellschaften verlangt, muss er gemäss Urteil darlegen, dass diese weitergehenden Informationen erfor-

derlich sind, um seine Aktionärsrechte *in der Konzernobergesellschaft* ausüben zu können. Anders als Geschäftsvorgänge der Untergesellschaften mit Dritten, welche bei genügender Tragweite ein Informations- und Einsichtsinteresse des Aktionärs der Konzernobergesellschaft begründen können, sind relevante Informationen in den Jahresrechnungen der Untergesellschaften bereits in der Konzernrechnung enthalten – und damit dem Aktionär der Konzernobergesellschaft ohne weiteres zugänglich.

Zum *Auskunftsrecht* führte das BGer aus, dass es grundsätzlich an der Generalversammlung ausgeübt werden muss, wobei ein schriftliches Begehren auch vorgängig eingereicht werden und die Beantwortung desselben auch nach der Generalversammlung erfolgen kann. In jedem Fall ist die Auskunft in das Protokoll aufzunehmen, um jedem Aktionär den gleichen Informationsstand zu ermöglichen. (Urteil 4C.81/2005 = BGE 132 III 71).

¹ Eine erweiterte Fassung dieses Beitrages kann unter folgender Internet-Adresse abgerufen werden: <<http://www.rwi.unizh.ch/forstmoser>>.

2. Richterliche Einberufung der Generalversammlung

Nach OR 699 IV hat der Richter die Einberufung der Generalversammlung anzuordnen, wenn der Verwaltungsrat einem entsprechenden Begehren von berechtigten Aktionären (OR 699 III) binnen angemessener Frist nicht entspricht. Das BGER sah sich mit der Frage konfrontiert, ob der Richter gemäss dieser Bestimmung die Einberufung *unmittelbar* oder nur *mittelbar* – mittels Verpflichtung des Verwaltungsrates oder Dritter – vornehmen kann. Es lässt eine unmittelbare Einberufung durch den Richter zu, wenn der Verwaltungsrat opponiert und die daraus entstehende Blockade der Gesellschaftsaktivitäten die Existenz der Gesellschaft gefährdet. Dies gilt insbesondere für den vorliegenden Fall, da der einzige Verwaltungsrat mit der Gesellschaft in einen Rechtsstreit verwickelt ist. (Urteil 4C.47/2006; BGE-Publikation vorgesehen).

3. Verantwortlichkeitsrecht

a) Aktienrechtliche Verantwortlichkeit; Aktivlegitimation (Schadensbegriff)

Bezug nehmend auf seine jüngere Rechtsprechung zur aktienrechtlichen Verantwortlichkeit stellte das BGER im vorliegenden Urteil zunächst fest, dass Präzisierungsbedarf [recte: Berichtigungsbedarf] bestehe (E. 3.) und legte sodann die verschiedenen Konstellationen der Gläubigerschädigung durch Organverhalten dar: Erstens, die *direkte* und ausschliesslich im Vermögen des Gläubigers eintretende Schädigung (direkter Schaden). Zweitens, die *indirekte* Schädigung, welche primär im Vermögen der Gesellschaft und nur reflexartig, durch Konkursausfall, im Vermögen des Gläubigers eintritt (indirekter Schaden). Und

schliesslich der Fall, dass sowohl die (konkursite) Gesellschaft als auch der Gläubiger direkt geschädigt sind. Bei der ersten Konstellation kommen die allgemeinen Regeln des Haftpflichtrechts, bei der zweiten die aktienrechtlichen Verantwortlichkeitsbestimmungen zur Anwendung. Im dritten Fall endlich greift die vom BGER zur Vermeidung konkurrierender Ansprüche entwickelte Rechtsprechung, dass der Gläubiger (wie auch der Aktionär), will er einen Anspruch aus Verantwortlichkeit geltend machen, entweder OR 41, culpa in contrahendo oder eine ausschliesslich ihn schützende aktienrechtliche Norm anzurufen berechtigt sein muss.

Mit dem vorliegenden Urteil lässt das BGER keine Zweifel offen, dass es nun die – bereits im «Biber»-Entscheid (BGE 131 III 306) eingeleitete – Abkehr von seiner früheren Rechtsprechung seit «X-Corporation» (BGE 122 III 76) endgültig vollzogen hat (vgl. dazu auch SJZ 101 2005 500, 2.a). Nach der neuesten Rechtsprechung ist entsprechend dem klassischen Schadensbegriff für die Annahme eines (mittelbaren oder unmittelbaren) Schadens massgebend, *in welcher Vermögensmasse* der Schaden eingetreten ist; die in «X-Corporation» entwickelte Schutznormtheorie (vgl. oben) wird nur noch für die Frage der Aktivlegitimation des Gläubigers und im Fall angewendet, da Gläubiger und Gesellschaft direkt geschädigt sind. Die während eines Jahrzehnts trotz massiver Kritik der Lehre vertretene Ansicht, das Vorliegen eines Schadens beurteile sich nach der in Frage stehenden Rechtsnorm und nicht danach, ob im betroffenen Vermögen ein Minderwert eingetreten sei, wird damit endlich ad acta gelegt. (Urteil 4C.122/2006; BGE-Publikation vorgesehen).

b) Aktienrechtliche Verantwortlichkeit; Aktivlegitimation des Abtretungsgläubigers; Verrechnung mit einer Forderung aus Verantwortlichkeit

Im Zusammenhang mit der Frage der Aktivlegitimation einer Gläubigerin, welche sich die Ansprüche aus Verantwortlichkeit nach OR 757 i.V.m. SchKG 260 hatte abtreten lassen, stellte das BGER fest, dass es die materielle Begründetheit der Forderung, auf welcher die Gläubigerstellung basiert, im Verantwortlichkeitsprozess nicht überprüft; vielmehr ergeben sich die Gläubigerqualität nach OR 757 und das Rechtsschutzinteresse bereits aus der rechtskräftigen Kollokation (vgl. SchKG 247 ff.) der Forderung.

Das BGER erinnerte zunächst an seine seit BGE 117 II 432 praktizierte Rechtsprechung zum *einheitlichen Anspruch der Gläubigergesamtheit* im Konkurs der geschädigten Gesellschaft, mit der daraus folgenden Einredebeschränkung für die haftpflichtigen Organe. Nicht betroffen von der Beschränkung ist gemäss BGER die Verrechnungseinrede einer Organperson, die ihrerseits Forderungen gegen die Gesellschaft geltend machen kann und diese mit den gegen sie gerichteten Forderungen aus Verantwortlichkeit verrechnet. Für Einreden, die – wie in casu – unabhängig von der Willensbildung der Gesellschaft vor der Konkurseröffnung bestanden haben, rechtfertigt sich ein Ausschluss nicht, da sonst den Gläubigern mehr Rechte verschafft würden, als die Gesellschaft gegenüber den verantwortlichen Organen jemals hatte. An seiner abweichenden Auffassung im unpublizierten Entscheid vom 15. Dezember 2000 (4C.262/2000, E. 2.c) hält das BGER nicht fest. (Urteil 4C.312/2005 = BGE

132 III 342). Der Entscheid ist zu begrüssen.

c) Aktienrechtliche Verantwortlichkeit: Einwilligung der Gesellschaft

Zur *Aktivlegitimation* der Verantwortlichkeitsklage bemerkte das BGer einleitend in Übereinstimmung mit der herrschenden Lehre, dass es ausreicht, wenn dem Kläger *im Zeitpunkt der Klageanhebung* Aktionärserschaft zukommt. Erben, welche die Aktien der geschädigten Gesellschaft erst nach der schädigenden Handlung des Organs erlangen, sind somit berechtigt, Ansprüche aus Gesellschaftsschaden geltend zu machen.

Nach der Rechtsprechung des BGer kann eine ins Recht gefasste Organperson die haftungsbefreiende Einrede «*volenti non fit iniuria*» gegen eine Verantwortlichkeitsklage der Gesellschaft vorbringen, wenn sie mit der Einwilligung der geschädigten Gesellschaft gehandelt hat. Überdies gilt der Haftungsausschluss gemäss BGer auch dann, wenn der über die betreffenden Verhältnisse informierte *Alleinaktionär* – wobei zwei von den Beklagten fiduziarisch gehaltene Pflichtaktien die Stellung als Alleinaktionär nicht berühren – die Organhandlungen tolerierte. Gestattet die Gesellschaft eine Rechtsverletzung einerseits, rügt sie diese aber andererseits nachträglich, so verhält sie sich rechtsmissbräuchlich (ZGB 2 II). (Urteil 4C.79/2005 = BGE 131 III 640).

d) Haftung für entgangene

Sozialversicherungsbeiträge;

faktische Organstellung einer AG

Mit über 50 gefällten Entscheiden hat auch in dieser Berichtsperiode die Urteilsinflation des Eidg. Versicherungsgerichts und – selten – des BGer im Bereich der Haftung für nicht ein-

bezahlte AHV-Beiträge (AHVG 52) keinen Abbruch erfahren. Konsequenterweise wurde die *extensive Auslegung des Begriffs der grobfahrlässigen Pflichtwidrigkeit* weiterverfolgt und damit an einer Rechtsprechung festgehalten, die dem Wortlaut des Gesetzes, der absolut herrschenden Lehre und der Praxis in anderen Rechtsgebieten zuwiderläuft, an deren Massstab sich das Eidg. Versicherungsgericht selbst wohl nicht messen lassen möchte.

Das vorliegende Urteil wurde unter Anwendung des alten Rechts gefällt, dessen Regelung der Verantwortlichkeit jedoch ohne materielle Veränderung ins neue Recht, in Kraft seit 1.1.2003, übernommen wurde. Das BGer führte für den Fall einer beitragspflichtigen Arbeitgeber-AG aus, dass sich der Verantwortlichkeitsbegriff gemäss AHVG 52 grundsätzlich nach demjenigen des Aktienrechts (OR 754 I) richtet, womit auch die aus dem Aktienrecht stammende Konzeption des faktischen Organs übernommen wird. Als faktisches Organ wurde eine AG qualifiziert, welche einen ihrer Verwaltungsräte sowie einen weiteren Angestellten in den Verwaltungsrat der Arbeitgeber-AG entsandte, zudem die Verwaltungs- und Finanzführung innehatte und so den Willen der Gesellschaft nachhaltig beeinflussen konnte. Das BGer betont seine konstante Praxis, dass es den Begriff der Grobfahrlässigkeit (AHVG 52 I) weit (und im Widerspruch zur herrschenden Lehre) auslegt und kommt zum Schluss, dass der weite Verschuldensmassstab auch für subsidiär haftbare Organe des Arbeitgebers gilt. Indem die AG als faktisches Organ der Arbeitgeberin die ausstehenden Beitragsschulden sowie die Notwendigkeit ihrer Begleichung zwar erwähnte, jedoch keine Abhilfe schaffte, beging sie eine Pflichtverlet-

zung mit Haftungsfolgen. (Urteil 4C.31/2006; BGE-Publikation vorgelesen). Interessant ist der Entscheid auch für das aktienrechtliche Verantwortlichkeitsrecht mit Bezug auf die Ausführungen zur faktischen Organstellung einer juristischen Person: Diesbezüglich wird regelmässig ins Feld geführt, dass aus OR 707 III, wonach juristische Personen «als solche nicht als Mitglied des Verwaltungsrates wählbar» sind, resultiere, dass sie auch nicht der aktienrechtlichen Verantwortlichkeit unterworfen werden könnten. Der Entscheid ist in dieser Hinsicht u.E. überzeugend und im Hinblick auf *Konzernverhältnisse* ein leading case.

B. Übriges Gesellschaftsrecht

1. Liquidation einer einfachen Gesellschaft: Einheitlichkeit der Liquidation

Die Vorinstanz verurteilte auf Klage eines Gesellschafters zwei von mehreren Mitgeschaftern einer aufgelösten einfachen Gesellschaft zur Zahlung von Auslagenersatz gemäss OR 537 I. Das BGer verwarf das Urteil der Vorinstanz in Anwendung des Grundsatzes der Einheitlichkeit der Liquidation (OR 548 f.). Dieser Grundsatz besagt, dass die Liquidation einheitlich und vollständig durchgeführt werden muss und sich nicht, wie im vorliegenden Fall gefordert, auf die Abwicklung einzelner Rechtsverhältnisse beschränken darf. Ansprüche aus Auslagenersatz stellen gemäss BGer Gesellschaftsschulden dar, welche im Liquidationsverfahren und nicht gesondert davon zu fordern sind. (Urteil 4C.416/2005; BGE-Publikation nicht vorgesehen).

2. Anfechtung eines Vereinsbeschlusses

Zur vereinsrechtlichen Anfechtungsklage entschied das BGer zunächst,

dass d
ist, selb
schluss
Austritt
ren Ver
hat.

Die V
stufige
schlüss
ten ge
Antrag
zu erg
Antrag
samml
tutaris
fahren
Frage,
gestüt
Vereins
langen
dass di
Mitglie
einsvei
Diese
grunds
tenver
bar; (Delegi
wahrn
stituie
komm
für da
in der
tulierte
ist der
lung (Verein
heben
partei
Beurt
tisch.
kation

C. K

Fi

Die Kl
stitut
Insti

(Urteil vorge-
tscheid
Verant-
auf die
Organ-
n: Dies-
feld ge-
wonach
nicht als
wähl-
h nicht
ortlich-
en. Der
ht u.E.
f Kon-
e.

t
7
it

Klage
ehrerer
elösten
ng von
I. Das
instanz
ler Ein-
548 f.).
: Liqui-
ständig
d sich
gefor-
zelter
darf.
stellen
en dar,
n und
n sind.
kation

ungs-
ächst,

dass die *Aktivlegitimation* gegeben ist, selbst wenn der angefochtene Beschluss ein statutarisch erleichtertes Austrittsrecht zugunsten eines *anderen* Vereinsmitglieds zum Gegenstand hat.

Die Vereinsstatuten sahen ein zweistufiges Entscheidungsverfahren vor: Beschlüsse der Vereinsversammlung hatten gestützt auf einen vorgängigen Antrag der Delegiertenversammlung zu ergehen. Vorliegend wurde ein Antragsbeschluss der Delegiertenversammlung ohne entsprechende statutarische Grundlage im Zirkularverfahren gefällt, und es stellte sich die Frage, ob der Antrag sowie der darauf gestützt ergangene Beschluss der Vereinsversammlung Gültigkeit erlangen konnten. ZGB 66 II sieht vor, dass die schriftliche Zustimmung aller Mitglieder einem Beschluss der Vereinsversammlung gleichgestellt ist. Diese Bestimmung ist gemäss BGer grundsätzlich auch auf die Delegiertenversammlung (analog) anwendbar; dies selbst dann, wenn die Delegiertenversammlung Aufgaben wahrnimmt, die – wäre sie nicht konstituiert worden – dem Vorstand zukommen würden. Da in casu weder für das Verfahren der Zirkulation noch in der Sache selbst die vom Gesetz postulierte Einstimmigkeit erzielt wurde, ist der Antrag an die Vereinsversammlung ungültig und der Beschluss der Vereinsversammlung folglich aufzuheben. Zu Recht wies das BGer den parteilichen Einwand zurück, diese Beurteilung sei überspitzt formalistisch. (Urteil 5C.67/2006; BGE-Publikation vorgesehen).

C. Kennzeichenrecht

Firmenschutz

Die Klägerin führte ein Schönheitsinstitut und war unter der Firma «Simao Institut de Beauté Atlantis» im Han-

delsregister Genf eingetragen. Die Beklagte unterhielt im Nachbardorf Onex einen Betrieb derselben Branche unter der nicht im Handelsregister eingetragenen Einzelfirma «Atlantis Lombardo Sabrina» sowie der Enseigne «Institut de Beauté Atlantis».

Das BGer bemerkt zunächst, dass sich die eingetragene Partei auch dann auf den Firmenschutz von OR 956 berufen kann, wenn die *verletzende* Firma nicht eingetragen ist. Zur *Verwechslungsgefahr* führt das BGer aus, dass die Fantasiebezeichnung «Atlantis» in den Firmen besonders hervorsteht und geeignet ist, beim Publikum erhöhte Aufmerksamkeit zu erzeugen, was auch durch die Verwendung der unterschiedlichen Nachnamen nicht entkräftet wird. Allgemein wendet das BGer an die Unterscheidbarkeit von Firmen, welche Fantasiebezeichnungen enthalten, einen besonders strengen Masstab an. Im konkreten Fall konstatiert das BGer eine offenkundige Verwechslungsgefahr und gewährt der Klägerin Firmenschutz. (Urteil 4C.120/2005 = BGE 131 III 572 = Pra 95 2006 Nr. 67).

D. Registerrecht

Eintragung einer Kapitalherabsetzung im Handelsregister

Hauptgegenstand des Verfahrens bildete die Frage, ob die Eintragung einer deklarativen Kapitalherabsetzung (OR 735) in das Handelsregister zulässig ist, wenn die AG zwar überschuldet ist, jedoch Rangrücktritte von Gläubigern im Umfang der Überschuldung vorliegen. Das Verwaltungsgericht Zürich entschied, dass rangrücktrittsbelastete Forderungen nicht die Voraussetzung der vollen Gläubigerdeckung von OR 732 II erfüllen müssen, weshalb die Herabsetzung zulässig sei. (ZR 104 2005 Nr. 57).

E. Wertpapierrecht

Wechsel: Herausgabe und Einreden

Nach OR 1006 II muss ein Wechsel herausgegeben werden, wenn dieser abhanden gekommen ist und den neuen Inhaber beim Erwerb Bösgläubigkeit oder grobe Fahrlässigkeit trifft. Der Begriff «abhanden gekommen» schliesst nach bestehender Praxis auch den im zu beurteilenden Fall gegebenen Sachverhalt ein, da das Begebungsgeschäft nichtig ist. Das BGer entschied, dass die vom neuen Inhaber anzuwendende Sorgfalt nicht so weit reicht, dass das Begebungsgeschäft *ohne konkrete Anhaltspunkte* nach Mängeln untersucht werden muss. (Urteil 4C.334/2005; BGE-Publikation nicht vorgesehen).

F. Börsengesellschaftsrecht

In zahlreichen Empfehlungen der Übernahmekommission (UEK) (sie sind durchwegs elektronisch einsehbar unter <<http://www.takeover.ch>>) und in vereinzelt Verfügungen der Übernahmekammer der Eidg. Bankenkommision ist das Übernahmerecht weiter verfeinert worden.

G. Gesellschaftsrechtlich relevante Entscheide aus anderen Rechtsgebieten

Nichtigkeit von Beschlüssen

Im Aktienrecht – und darüber hinaus – wird konsequent zwischen der Anfechtbarkeit und der Nichtigkeit von Beschlüssen unterschieden: Anfechtbare Beschlüsse können nur innerhalb einer knappen Verwirkungsfrist gerichtlich gerügt werden, nichtige dagegen jederzeit. Letzteren Grundsatz hat das Bundesgericht im Hinblick auf den Beschluss einer Stockwerkeigentümergeinschaft modifiziert (Urteil 5C.143/2005, referiert in SJZ

2006 258 ff.): Danach kann auch die gerichtliche Geltendmachung der Nichtigkeit zeitlich nicht unbegrenzt (in jenem Fall: nach mehr als zwei Jahren) erfolgen. Eine Nichtigkeitsklage kann sodann ausnahmsweise auch an praktischen Problemen der Rückabwicklung scheitern und schliesslich auch mit Rücksicht auf den Schutz gutgläubiger Dritter abgewiesen werden. Diese Überlegungen dürften auch für Nichtigkeitsklagen im Rahmen des Aktienrechts und weiterer Körperschaften bedeutsam sein.

II. Literatur

A. Allgemeine Literatur zum Gesellschaftsrecht

Jörg Florian S./Arter Oliver (Hrsg.): *Entwicklungen im Gesellschaftsrecht I* (Bern 2005); Meier-Hayoz Arthur/Forstmoser Peter: *Schweizerisches Gesellschaftsrecht* (10. A., Bern 2007); Schmid Jörg/Girsberger Daniel (Hrsg.): *Neue Rechtsfragen rund um die KMU* (Zürich 2006 = LBR 12); Trüten Dirk: *Die Mobilität von Gesellschaften in der Europäischen Gemeinschaft* (Diss. Zürich 2005 = ZStP 194); Weber Rolf H. (Hrsg.): *Verantwortlichkeit im Unternehmensrecht III* (Zürich 2006 = EIZ 67).

Mit dem Titel «Zeitschrift für Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht sowie Umstrukturierungen (GesKR)» erscheint in Zürich/St. Gallen seit Mitte 2006 viermal jährlich eine *neue praxisorientierte Zeitschrift zum Wirtschaftsrecht*. Sie enthält u.a. die Rubriken Counsel's Page, Aufsätze, Universitäres, Entscheidbesprechungen, Rechtsprechungs- und Literaturübersichten, Dissertationen, Rechtsetzung/Regulierung und Deal Watch. Die erste Nummer überzeugt.

B. Umstrukturierungsrecht

Beretta Piera: *Strukturanpassungen*, in: von Büren Roland (Hrsg.), *Schweizerisches Privatrecht*, Bd. VIII/8 (Basel 2006); Binder Peter M.: *Mergers & Acquisitions in der Praxis* (Zürich 2006); Blanc Mathieu/Dallèves Laure (Hrsg.): *Coopération et fusion d'entreprises* (Lausanne 2005 = CEDIDAC 66); Glanzmann Lukas: *Umstrukturierungen* (Bern 2006); Malacrida Ralph/Watter Rolf: *Mergers, Acquisitions and Corporate Restructuring* (Basel/Genf/München 2005 = AtSL 1); Schneller Yves: *Die Organe der Aktiengesellschaft bei einer ordentlichen Fusion* (Diss. St. Gallen, St. Gallen/Zürich 2006 = SSHW 253); *Schweizerische Übernahmekommission* (Hrsg.): *Schweizerisches Übernahmerecht in der Praxis* (Zürich 2005); Tschäni Rudolf (Hrsg.): *Mergers & Acquisitions VIII* (Zürich 2006 = EIZ 63); Vogel Alexander/Heiz Christoph/Behnisch Urs R.: *FusG. Kommentar zum Fusionsgesetz* (Zürich 2005).

C. Aktienrecht, Konzernrecht und Corporate Governance

Baer Charlotte (Hrsg.): *Verwaltungsrat und Geschäftsleitung* (Bern 2006 = SSPHW 76); Baumann Maja R.: *Die Familienholding* (Diss. Zürich 2006 = SSHW 244); Bloch Oliver: *Les conventions d'actionnaires et le droit de la société anonyme* (Diss. Genf 2006); von der Crone Hans Caspar/Carbonara Antonio/Hunziker Silvia: *Aktienrechtliche Verantwortlichkeit und Geschäftsführung*, Bibliothek zur ZSR, Beiheft 43 (Basel 2006); Dessemontet François/Oberson Pierre-André/Thévenaz Alain/Blanc Mathieu (Hrsg.): *Aspects actuels du droit de la société anonyme, travaux réunis pour le 20^{ème} anniversaire du CEDIDAC* (Lausanne 2005 = CEDIDAC 64); Dürr

Roger: *Die Rückerstattungsklage nach Art. 678 Abs. 2 OR im System der unrechtmässigen Vermögensverlagerungen* (Diss. Zürich 2005 = SSHW 245); Forstmoser Peter/Sprecher Thomas/Töndury Gian Andri: *Persönliche Haftung nach Schweizer Aktienrecht = Personal Liability under Swiss Corporate Law* (Zürich 2005); Friboulet Jean-Jacques/Isakov Dusan/Giorgetti Flavia (Hrsg.): *Le gouvernement d'entreprise en Suisse* (Genf 2005); Garbarski Andrew M.: *La responsabilité civile et pénale des organes dirigeants de sociétés anonymes* (Diss. Genf 2006 = SSHW 247); Lips-Rauber Christina: *Die Rechtsbeziehung zwischen dem beauftragten fiduziarischen Verwaltungsrat und dem Fiduzianten* (Diss. Zürich 2005 = SSHW 241); Martinez Larissa Marolda: *Information der Aktionäre nach schweizerischem Aktien- und Kapitalmarktrecht* (Diss. Zürich 2006 = SSHW 248); Meier Robert: *Die Aktiengesellschaft* (3. A., Zürich 2005); Nobel Peter: *Transnationales und Europäisches Aktienrecht* (Bern 2006); ders.: *Board und Management-Compensation – Ein Inventar rechtlicher Art* (Zürich 2006 oder 2007, erscheint in der Reihe SA); Nobel Peter/Groner Roger: *Aktienrechtliche Entscheide* (3. A., Bern 2006); Poncet Jean-Daniel/Reiser Christian M.: *Le check-up de votre société anonyme* (Muri/Bern; noch nicht erschienen); Sauerwein Nina: *La responsabilité de la société mère* (Diss. Genf, Bern 2006 = ASR 721).

D. Übriges Gesellschafts- und Körperschaftsrecht

Fellmann Walter/Müller Karin: *Berner Kommentar, Die einfache Gesellschaft, Art. 530–544 OR* (Bern; noch nicht erschienen); Forstmoser Peter/Peyer Patrik R./Schott Bertrand:

Das ne
führung
(Zürich
Lukas/
GmbH
nen);
Regina
Schwei
(Bern :
Wolfga
einsrec
Schwei
(3. A.,
Nobel
Festsch
2006);
Reto/S
mental
(Muri/
Portm
droit c
mitée
mit Be
Planta
(Hrsg.)
der Sch
Micha
dem V
59); S
(Hrsg.,
GmbH
schien

E. Bör
Gotsc
Aktior
(Diss.
bel Pe
bleme
Schwe
Bern
markt

F. G
Li
R
Baker
lunge

ge nach
der un-
agerun-
W 245);
Thomas/
he Haf-
recht =
Corpo-
riboulet
iorgetti
nement
2005);
onsabi-
es diri-
s (Diss.
-Rauber
ng zw-
duziari-
m Fidu-
SSHW
lda: In-
schwei-
lmarkt-
W 248);
llschaft
' Peter:
hes Ak-
: Board
tion -
(Zürich
r Reihe
er: Ak-
A., Bern
r Chris-
société
cht er-
La rese-
e (Diss.

Das neue Recht der GmbH. Ein-
führung und synoptische Darstellung
(Zürich/St. Gallen 2006); *Handschin
Lukas/Truniger Christoph*: Die neue
GmbH (Zürich; noch nicht erschie-
nen); *Hausheer Heinz/Aebi-Müller
Regina E.*: Das Personenrecht des
Schweizerischen Zivilgesetzbuches
(Bern 2005); *Heini Anton/Portmann
Wolfgang*: Das Schweizerische Ver-
einsrecht, in: Tercier Pierre (Hrsg.),
Schweizerisches Privatrecht, Bd. II/5
(3. A., Basel 2005); *Kramer Ernst A./
Nobel Peter/Waldburger Robert (Hrsg.)*:
Festschrift für Peter Böckli (Zürich
2006); *Nussbaum Martin/Sanwald
Reto/Scheidegger Martin*: Kurzkom-
mentar zum neuen GmbH-Recht
(Muri/Bern; noch nicht erschienen);
Portmann Urs (Hrsg.): Le nouveau
droit de la société à responsabilité li-
mitée (Lausanne 2006 = CEDIDAC 70,
mit Beiträgen von Böckli, Ruedin, von
Planta, Duc); *Purtschert Robert
(Hrsg.)*: Das Genossenschaftswesen in
der Schweiz (Bern 2005); *Riemer Hans
Michael (Hrsg.)*: Aktuelle Fragen aus
dem Vereinsrecht (Zürich 2005 = EIZ
59); *Süss Rembert/Wachter Thomas
(Hrsg.)*: Handbuch des internationalen
GmbH-Rechts (Basel; noch nicht er-
schienen).

E. Börsengesellschaftsrecht

Gotschev Georg G.: Koordiniertes
Aktionärsverhalten im Börsenrecht
(Diss. Zürich 2005 = SSHW 240); *No-
bel Peter (Hrsg.)*: Aktuelle Rechtspro-
bleme des Finanz- und Börsenplatzes
Schweiz (Bd. 12, Bern 2005; Bd. 13,
Bern 2006); *Taisch Franco*: Finanz-
marktrecht (Zürich 2006).

F. Gesellschaftsrechtlich relevante Literatur aus anderen Rechtsgebieten

Baker & McKenzie (Hrsg.): Entwick-
lungen im schweizerischen Wirt-

schaftsrecht 2005/2006 (Zürich 2006);
Contratto Franca: Konzeptionelle An-
sätze zur Regulierung von Derivaten
im schweizerischen Recht (Diss. Frei-
burg i.Ü., Zürich 2006 = AISUF 251);
Forster Matthias: Die strafrechtliche
Verantwortlichkeit des Unternehmens
nach Art. 102 StGB (Diss. St. Gallen,
Bern 2006 = ASR 723); *Geiger Roman*:
Organisationsmängel als Anknüp-
fungspunkt im Unternehmensstraf-
recht (Diss. Zürich, Zürich/St. Gallen
2006 = SSHW 251); *Groner Roger*: Pri-
vate Equity-Recht (Bern 2006); *Keller-
hals Andreas (Hrsg.)*: Wirtschaftsrecht
Schweiz - EG. Überblick und Kom-
mentar 2005/06 (Zürich 2006); *Koe-
nig Daniela*: Das Verbot von Insider-
handel (Zürich 2006 = SSHW 249);
Meier Marcel: Strafrechtliche Unter-
nehmenshaftung (Diss. Zürich 2006);
Nobel Peter (Hrsg.): International
Standards and the Law (Bern 2005);
Postizzi Mario: Sechs Gesichter des
Unternehmensstrafrechts (Basel 2006
= BStR/C 17); *Schreiber Vera*: Interna-
tional Standards (Diss. Bern 2005 =
SSPHW 75); *Untersander Oliver*: Kapi-
talinlageprinzip und Unternehmens-
steuerreform II (Zürich 2005 = Schrif-
ten zum Steuerrecht 16); *Waldburger
Robert/Baer Charlotte M./Nobel Ur-
sula/Bernet Benno (Hrsg.)*: Wirt-
schaftsrecht zu Beginn des 21. Jahr-
hunderts, FS für Peter Nobel zum
60. Geburtstag (Bern 2005).

III. Gesetzgebung

A. Gesellschaftsrecht

Die hektische Aktivität des Gesetzge-
bers im Wirtschaftsrecht hat das Ge-
sellschaftsrecht zu einer Baustelle ge-
macht. Dabei zeichnen sich zwei neue
gesetzgeberische «Methoden» ab:

- das «Huckepack-Verfahren»: Geset-
zesänderungen, für welche die Zeit

reif scheint, werden nicht mehr im
ordentlichen - langwierigen - Ver-
fahren entwickelt, sondern auf
einen bereits fahrenden Reformzug
aufgeladen, auch wenn dieser
eigentlich ganz andere Materien
transportiert.

- die *überrollende Gesetzgebung*:
Der schnelle Takt von Gesetzes-
änderungen hat auch dazu ge-
führt, dass Bestimmungen kurzfris-
tig geändert werden, manchmal
schon vor ihrem Inkrafttreten.

Immerhin scheint der Gesetzgeber
heute ein *Zwischenziel erreicht* zu ha-
ben:

- Das *Fusionsgesetz* ist als um-
fassende Ordnung für Umstruk-
turierungen seit Mitte 2004 in
Kraft.

- Am 1. Januar 2007 werden ein völ-
lig neues Recht der *kollektiven Ka-
pitalanlagen* und eine Einzelbe-
stimmung im Aktienrecht zur
Transparenz von Topsalären in Pu-
blikumsgesellschaften geltendes
Recht.

- Im Verlaufe von 2007 ist das In-
krafttreten des neuen *GmbH-
Rechts* und des neuen *Revisions-
rechts* mit *Revisionsaufsichtsgesetz*
vorgesehen; damit verbunden sind
zahlreiche *Detailänderungen* bei
der *AG* und der *Genossenschaft*,
bei *Verein* und *Stiftung* sowie im
Firmen- und Handelsregisterrecht.

Diese neuen Regeln stehen heute
fest, wenn man von Konkretisierun-
gen auf Verordnungsstufe absieht.

Eine *weitere Erneuerungsrunde* ist
freilich schon eingeleitet worden:
Am 2. Dezember 2005 hat der Bun-
desrat den Vorentwurf für eine (er-
neute) Revision des Aktien- und des
Rechnungslegungsrechts in die Ver-
nehmlassung gegeben. Mit dem In-
krafttreten des neuen Rechts ist nicht
vor 2010 zu rechnen.

d

7: Ber-
ie Ge-
(Bern;
tmoser
rtrand:

B. Wertpapierrecht

Eine vom Finanzdepartement eingesetzte Arbeitsgruppe unter der Leitung der Schweizerischen Nationalbank hat im Juni 2004 einen Entwurf

für ein BG über die Verwahrung und Übertragung von Bucheffekten (Bucheffectengesetz) ausgearbeitet. Die Bucheffekten sollen – ohne verbrieft zu sein – alle Eigenschaften von Wert-

papieren aufweisen. Eine bundesrätliche Botschaft zum Bucheffectengesetz ist bis Ende dieses Jahres in Aussicht gestellt worden.